

November 2008

Votum: Öffentliches Beschaffungswesen und IAO-Kernübereinkommen

Frau Ratspräsidentin, Frau Regierungspräsidentin
Werte Kolleginnen und Kollegen

Im Zuge der Globalisierung haben die prekären Arbeitsverhältnisse vor allem in aufstrebenden Schwellenländern wie China und Indien in den letzten Jahren zugenommen. Viele Arbeitnehmende werden grossen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt und regelrecht ausgebeutet. Deshalb muss alles unternommen werden, damit die Globalisierung möglichst sozial und ökologisch gestaltet werden kann.

Die Zielsetzung der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization) (ILO) ist die Sicherung des Weltfriedens durch eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Menschen. Mit weltweit anerkannten Sozialstandards soll verhindert werden, dass sich einzelne Teilnehmende am internationalen Handel durch Abbau von Arbeitnehmerrechten und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen Vorteile verschaffen.

Nachfragemacht bedeutet Verantwortung. Die öffentliche Hand besitzt mit ihrem riesigen Auftragsvolumen eine grosse Verantwortung. Sie muss deshalb dafür sorgen, dass der Wettbewerb über Qualität, Effizienz und Leistung stattfindet und nicht über Sozial- und Ökodumping. KMUs in der Schweiz dürfen nicht durch andere Anbieter aus dem Beschaffungsmarkt geworfen werden, die ihre Güter und Dienstleistungen unter Verletzung der Menschenrechte oder unter Missachtung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen und auf Kosten der Umwelt produzieren.

Menschenwürdige Arbeit muss über die ganze Produktionskette eines Produktes oder einer Dienstleistung hinweg beachtet werden. Wir müssen aktiv verhindern, dass diejenigen die beste Wettbewerbsposition erringen, welche die miesesten Arbeitsbedingungen anbieten und der Umwelt schaden.

Diese geforderte Nachhaltigkeit darf nicht nur an den Bund delegiert werden. Vom gesamten Auftragsvolumen der öffentlichen Hand in der Schweiz von 36 Millionen Franken stehen 19% auf Bundesebene zur Verfügung, 38% auf Kantonebene und 43% auf Gemeindeebene. Deshalb muss auch der Kanton Bern alles daran setzen, dass bei allen Beschaffungen die erwähnten Kriterien eingehalten werden. Auch der Kanton Bern kann und soll damit aktiv zu einem faireren Handel beitragen.

Es freut mich, dass der Kanton Bern gemäss der Antwort des Regierungsrates bereits einiges unternimmt, damit diverse Kriterien bei Beschaffungen eingehalten werden. Wichtig ist jedoch, dass die gesamte Produktionslinie kontrolliert wird. Gemäss der Antwort möchte der Regierungsrat deshalb prüfen, wie auch Lieferantinnen und Lieferanten verpflichtet werden können.

Im Sinne dieser Überprüfung bin ich mit der Wandlung in ein Postulat einverstanden und bitte Sie dieses zu unterstützen.